



13.07.2011 jm

Erfolgsmodell Integrierte Gesamtschule (IGS)

Erneut sieht sich die SPD-Ratsfraktion in ihrer Auffassung bestätigt, dass die Integrierte Gesamtschule (IGS) am Besten geeignet ist, um Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Bildungsniveaus bestmögliche Bildungschancen zu geben.

Für das Schuljahr 2011/2012 haben sich 1.460 Schülerinnen und Schüler an den neun Integrierten Gesamtschulen im Stadtgebiet Hannovers angemeldet. Für 200 Kinder gab es keinen Platz, sie mussten an andere Schulformen ausweichen.

Michael Klie, schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte jedes dieser Kinder einen Platz auf einer IGS bekommen.“ Erneut kritisierte der Schulpolitiker Klie die höheren Hürden für die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen und forderte die gleichen Bedingungen, wie sie auch für die Gründung jeder anderen Schulform gelten. „Wir brauchen mehr Gesamtschulen! Das wird alljährlich bei der Auswahl der Schule durch die Eltern wieder deutlich.“ Klie geht davon aus, dass sich langfristig die Schulstruktur auf Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen stützen wird. Das gegliederte Schulsystem werde der Vergangenheit angehören. Ergänzend dazu müsse die Integrierte Gesamtschule im Niedersächsischen Schulgesetz wieder als Regelschule anerkannt werden.

„Wir wollen die Schullandschaft auf Grundlage des Elternwillens bedarfsgerecht weiterentwickeln“, sagte Klie. Trotz Gründung neuer Gesamtschulen konnten - wie schon im Schuljahr 2010/2011 - nicht alle Elternwünsche erfüllt werden. Die Gesamtschule hat die notwendigen Voraussetzungen, um alle Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Möglichkeiten zu fördern und zu fordern. Nicht umsonst setzen fast alle Länder dieser Erde auf integrierende statt auf separierende Systeme. „Nur die Landesregierung lernt nichts hinzu. Sie hat die Hürden zur Neugründung von Integrierten Gesamtschulen trotz massiver Forderungen aus der Eltern- und Lehrerschaft auch mit der jüngsten Schulreform nicht aufgehoben.“

Die Landesregierung hat seit 2003 die Gründung neuer Integrierten Gesamtschulen durch Vorgabe einer langfristigen Fünfzügigkeit massiv erschwert, offenbar aus Angst vor deren Erfolg.

Für Rückfragen:

Michael Klie, schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Hannover
Telefon: 0163 8288584

Weitere Informationen

Christine Kastning, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover
Fon: 0511-168-44164 * Fax: 0511-168-43624 * Christine.Kastning@Hannover-Rat.de